

König Friedrich Wilhelm IV.
und Wilhelm I.
Briefwechsel 1840–1858

Herausgegeben und bearbeitet von
Winfried Baumgart

Redaktion
Mathias Friedel

Ferdinand Schöningh
Paderborn · München · Wien · Zürich

Umschlagabbildung:
Ausschnitt aus Brief 140 und Brief 152. Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz

Der Herausgeber:
Winfried Baumgart, geb. 1938, ist Prof. em. für Neueste Geschichte an der Universität Mainz. Er lehrte an mehreren deutschen und ausländischen Universitäten.
Sein Forschungsschwerpunkt ist die Geschichte der internationalen Beziehungen des 19. Jahrhunderts.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile desselben sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlags nicht zulässig.

© 2013 Ferdinand Schöningh, Paderborn
(Verlag Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Jühenplatz 1, D-33098 Paderborn)

Internet: www.schoeningh.de

Einbandgestaltung: Evelyn Ziegler, München
Printed in Germany
Herstellung: Ferdinand Schöningh GmbH & Co. KG, Paderborn

E-Book ISBN 978-3-657-77597-2
ISBN der Printausgabe 978-3-506-77597-9

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	7
EINLEITUNG	11
VERZEICHNIS DER WENIGER GEBRÄUHLICHEN ABKÜRZUNGEN	39
VERZEICHNIS DER BRIEFE UND DENKSCHRIFTEN	41
BRIEFE UND DENKSCHRIFTEN 1840–1858	51
VERZEICHNIS DER QUELLEN UND DER LITERATUR	557
REGISTER	563

VORWORT

Vor beinahe hundert Jahren ist der erste Versuch unternommen worden, den Briefwechsel der beiden Brüder Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm (I.) für die Regierungszeit des ersteren als preußischer König (1840–1857/58) zu veröffentlichen. Der im Geheimen Preußischen Staatsarchiv tätige Archivar Rudolf Vaupel hatte diese Aufgabe im Auftrag des 1917 gegründeten Kaiser-Wilhelm-Instituts für deutsche Geschichte übernommen. Ursprünglich wollte Vaupel nur die Briefe Wilhelms edieren, hat sich dann aber entschlossen, zweckmäßigerweise die Gegenüberlieferung in seine Arbeit mit einzubeziehen. Der Briefwechsel umfaßt für die genannten Jahre an die 700 Briefe Wilhelms und etwa 250 Friedrich Wilhelms IV. Sie wurden von Vaupel und seinem Kollegen Hermann Granier auf ca. 2.700 handschriftlichen Seiten transkribiert. Dieses Corpus sollte in zwei Bänden publiziert werden. Anfang der 1930er Jahre geriet Vaupel mit der Editionsarbeit jedoch ins Stocken, da ihm die Berufung ans Staatsarchiv Wiesbaden, dann ans Staatsarchiv Marburg keine Zeit mehr dafür ließ. 1945 ist er verstorben. Sein Vorhaben wurde von dem 1957 in Göttingen gegründeten Nachfolgeinstitut, dem Max-Planck-Institut für Geschichte, nicht übernommen. Auf einem Symposium der Preußischen Historischen Kommission und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz im Jahr 2000 stellte Iselin Gundermann, Archivarin am Geheimen Staatsarchiv, am Schluß ihres Überblicks über Vaupels Vorarbeiten die Frage, warum es nicht möglich sein sollte, die Edition wieder aufzugreifen und abzuschließen¹. Mit dem vorliegenden Band ist diese Frage nun beantwortet.

Die Vaupelsche Arbeit wäre bei der notwendigen wissenschaftlichen Kommentierung leicht auf drei Bände angewachsen. Ein solch umfangreiches Werk zu veröffentlichen, ist heute kaum noch möglich. Daher wurde das vorliegende Material um mehr als die Hälfte gekürzt, nämlich auf rund 1.200 der ursprünglich transkribierten Seiten. Da die Transkriptionen seinerzeit – in den 1920er Jahren – in der Orthographie modernisiert worden waren und sie heute wiederum in dieser Hinsicht aktualisiert werden müßten, hat der Herausgeber auf die originale Schreibweise zurückgegriffen – ein Verfahren, das bei wissenschaftlichen Editionen eigentlich selbstverständlich sein sollte. Sprach- wie orthographiegeschichtlich wird dabei klar, wie wenig in der Mitte des 19. Jahrhunderts die deutsche Rechtschreibung normiert war, ganz davon abgesehen, daß jeder der beiden Briefschreiber persönliche Eigenheiten pflegte. Die

¹ Iselin Gundermann, Unvollendet . . . Zur Edition des Briefwechsels zwischen Wilhelm I. und seinem Bruder Friedrich Wilhelm IV. In: Archivarbeit für Preußen. Symposium der Preußischen Historischen Kommission und des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz aus Anlaß der 400. Wiederkehr der Begründung seiner archivischen Tradition. Hrsg. v. Jürgen Klosterhuis. Berlin 2000, S. 289–404 (hier S. 404).

Kollationierung der Vaupelschen und Granierschen Transkriptionen anhand der Originale war recht mühsam, besonders bei der schwer lesbaren Handschrift Wilhelms; der Herausgeber ist aber seinen beiden Vorarbeitern für ihre Entzifferung dankbar. Vaupel hatte sogar schon unvollständige Verzeichnisse für die in den Briefen vorkommenden Personennamen angelegt und in rudimentärer Form auch bereits Sachanmerkungen angebracht.

Für beide Hohenzollernbrüder gibt es mehrere Briefeditionen für die 1840er und 1850er Jahre (und darüber hinaus), die entweder vor dem Ersten Weltkrieg oder unmittelbar danach in unsystematischer Form erschienen sind². Dabei ist das Feld für Friedrich Wilhelm IV. weniger gut bestellt als für seinen Bruder. 1906 hat Erich Brandenburg den Briefwechsel des Königs mit Ludolf Camphausen, der im Revolutionsjahr 1848 vom 29. März bis 20. Juni preußischer Ministerpräsident war, veröffentlicht. 1930 hat Karl Haenchen ebenfalls Briefe Friedrich Wilhelms an Staatsmänner und Fürsten und deren Gegenbriefe aus dem Jahr 1848 publiziert. Zusammen liegen für dieses wichtige Jahr fast 400 Briefe aus der damaligen Regierungssphäre vor.

Was Wilhelm anbetrifft, so hat Ernst Berner 1906 Briefe des Prinzen und Königs an verschiedene Personen in zwei Bänden vorgelegt. 1911 folgte eine von Erich Brandenburg besorgte Briefauswahl. Unter der Ägide des Kaiser-Wilhelm-Instituts für deutsche Geschichte gab Johannes Schultze 1924 Briefe Wilhelms an seine Schwiegereltern und den Schwager in Weimar sowie 1927 an seine Schwester Alexandrine in Schwerin heraus. Sie sind für die politische Geschichte weniger ergiebig als die vom selben Herausgeber 1930 ebenfalls unter dem Dach des Kaiser-Wilhelm-Instituts betreuten zwei Bände mit Briefen Wilhelms an Politiker und Staatsmänner. Den vorläufigen Abschluß des Editionsreigens bietet der 1993 von Karl-Heinz Börner herausgegebene Band mit Briefen Wilhelms an seine Schwester Charlotte, die von 1817–1855 Zarin von Rußland war. Dieser Briefband ist insofern bedeutend, als Wilhelm die tagesaktuellen Fragen der Zeit behandelt und aus seiner Sicht erläutert. Man darf davon ausgehen, daß die Schwester sie dem Zaren zeigen sollte. Außerdem war Wilhelm bestrebt, die russische Sicht, die seine Schwester mit der Zeit angenommen hatte, zu korrigieren.

Diesen zahlreichen Briefbänden wird nun ein weiterer hinzugefügt. Er unterscheidet sich wesentlich von den genannten; denn bei den Briefpartnern handelt es sich um den König höchstpersönlich und um seinen Bruder, der seit den 1820er Jahren als dessen präsumtiver Nachfolger galt, da die Ehe Friedrich Wilhelms IV. 1840 kinderlos war. Die Nachfolge Wilhelms wurde beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 noch dadurch unterstrichen, daß er nun den offiziellen Titel „Prinz von Preußen“, also Kronprinz, erhielt. In ihren Briefen behandeln die beiden Brüder tagespolitische Probleme und Zukunftspläne also auf höchster Ebene, und zwar frontal und ungeschminkt.

² Für die genauen Titel vgl. im Quellen- und Literaturverzeichnis unter „Friedrich Wilhelm IV.“ und „Wilhelm I.“

In ihren Charakteren und in ihren Visionen unterschieden sie sich wesentlich, so daß genug Zündstoff für vielfältige Reibungen vorhanden war. Entscheidungen, die der König traf, und Pläne, die er in seinem fruchtbaren Gehirn ausheckte, mußten für den Thronfolger von existentieller Bedeutung sein.

Als zentrale Einsicht ergibt sich aus den Briefen, daß Wilhelm stets derjenige war, der in die Offensive ging, sofort mit unverblümter Kritik aufwartete und Entscheidungen oder Pläne des Bruders korrigierte oder rückgängig machen wollte. Friedrich Wilhelm IV. ist dagegen stets in der Defensive und muß sich vor den Anwürfen Wilhelms immer wieder rechtfertigen. Dabei kommt es in den 18 Jahren ihres Briefaustauschs mehrfach zu fundamentalen Zusammenstößen, bei denen der König, den man gemeinhin als weich und beeinflussbar kennt, seinen Willen mit großer Härte durchsetzt. Andererseits sind der Offensivgeist und die Kritikbesessenheit Wilhelms in dem in diesen Briefen herrschenden Ausmaß bisher nicht bekannt, da er in den späteren Jahren der Bismarckzeit im wesentlichen nur als nachgiebiger und defensiver Herrscher erscheint, der vor dem diktatorischen Willen Bismarcks rasch kapituliert, sich aus dem politischen Feld zurückzieht und in die Sphäre der Familien- und Personalpolitik flüchtet.

Das so umschriebene Verhältnis zwischen Wilhelm und Friedrich Wilhelm IV. ist schließlich der Grund dafür, daß im Briefwechsel der erste eindeutig dominiert: Über zwei Drittel der hier ausgewählten Stücke (219) stammen von Wilhelm, der kleinere Rest (105) geht auf das Konto des Königs (dazu kommt noch ein Sitzungsprotokoll).

*

Zu den e d i t o r i s c h e n G r u n d s ä t z e n sei folgendes bemerkt:

1) Wie oben bereits erläutert, handelt es sich bei dem hier vorgelegten Briefwechsel um eine A u s w a h l , die den Umfang eines Bandes nicht überschreiten sollte. Weggelassen sind grundsätzlich Briefe, in denen es um militärtechnische und personelle Fragen geht. Bei den ausgewählten Briefen werden mitunter derartige Materien in registrierter Form in eckigen Klammern kursiv zusammengefaßt. – Das Gros der Briefe wird hier erstmalig abgedruckt. Ein kleiner Teil war bereits gedruckt, wurde wegen seiner Bedeutung aber in Regestform aufgenommen; diese registrierten Briefe sind hinter der Briefnummer durch einen Asteriskus (*) gekennzeichnet. Ihr Erstdruck findet sich in erster Linie in der Edition des Herausgebers „Akten zur Geschichte des Krimkriegs. Serie II. Preußische Akten . . .“

2) Die O r t h o g r a p h i e und die I n t e r p u n k t i o n bleiben unangestastet. Bei Wilhelm fällt besonders auf, daß er Wörter mit „wieder/wider“ un-

terschiedslos als „wieder“ und Wörter, bei denen damals schon ck geschrieben wird (Friedrich Wilhelm IV. tut es so), grundsätzlich nur mit k schreibt. Bei Eigennamen verwendet er hin und wieder das ck (z.B. bei Brockhausen, jedoch nicht bei Pükler oder Peukert).

Markante Eigenheiten in Friedrich Wilhelms Orthographie sind das ei, das er durchweg ey, und das Suffix -tion, das er grundsätzlich -zion schreibt.

3) Auf die Wiedergabe der *U n t e r s c h r i f t* am Schluß der Briefe wird verzichtet. Auffällig ist, daß Wilhelm keine *A n r e d e f o r m e l* benutzt, während sie bei Friedrich Wilhelm IV. stets vorhanden ist.

4) *U n t e r s t r e i c h u n g e n* im Original werden hier durch Sperrdruck kenntlich gemacht.

Danksagung

Für die Beantwortung von Fragen danke ich folgenden Personen und Institutionen: Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin; Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden; Herrn Prof. Dr. Bernhard von Gersdorff, Berlin; Herrn Adalbert von der Recke, Celle; Herrn Dr. Johannes Graf von Schmettow, Düsseldorf; Frau Dr. Marion Stein, Deutsches Adelsarchiv Marburg.

Mainz, Oktober 2012

Winfried Baumgart

EINLEITUNG

Die Briefe, welche die beiden Hohenzollernbrüder Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm (I.) in den 1840er und 1850er Jahren ausgetauscht haben, sind ein hervorragendes Zeugnis nicht nur für die brennenden Fragen der Zeit – Revolution (1848) und Krieg (1853–1856) –, sondern auch für zwei bedeutende menschliche Charaktere. Der eine ist König von Preußen in bewegter Zeit, der meint, die Zeichen der sich anbahnenden Revolution zu erkennen und sich ihnen zu stellen; der es fertigbringt, als im März 1848 tatsächlich die Revolution in Berlin mit voller Wucht ausbricht, in geschmeidiger Form zurückzuzweichen, den Forderungen der Straße scheinbar nachgibt, dann aber sechs Monate später das politische Rad in konservative Bahnen zurückzulenken vermag. Der andere ist der Thronanwärter, der dazu bestimmt ist, die Geschicke des preußischen Staates in die Hand zu nehmen, falls er seinen kinderlosen Bruder überlebt; der die Verantwortung in sich spürt, den Kurs seines ruhelosen Bruders von Anfang an (1840) mitzubestimmen; der diesen jahrelang beschwört, den Forderungen des Bürgertums auf Teilhabe im Staat zu trotzen, koste es was es wolle; der beim Ausbruch der Berliner Revolution nach England fliehen muß, um sein Leben zu retten, bald aber zurückkehrt und bei der Niederschlagung der Revolution im Südwesten Deutschlands an vorderster Front beteiligt ist, aber mit geläuterten politischen Ansichten schließlich 1857 die Stellvertretung seines kranken Bruders und ein Jahr später die Regentschaft übernimmt, diese mit fortschrittlichen Maßnahmen einleitet und dreißig Jahre lang die Geschicke Preußens und dann des Deutschen Reiches formal in den Händen hält, sie aber seit 1862 in Wirklichkeit dem eisernen Willen seines Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Bismarck überlassen muß.

Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm (I.) – zwei Charaktere, die in ihrer psychologischen Struktur einander völlig entgegengesetzt sind. Das hat jeder von ihnen auch so gespürt. In einem Brief an seine nach Petersburg verheiratete Schwester Charlotte schreibt Wilhelm im März 1843 von sich und seinem Bruder¹: „Verschiedener kann man nicht sein als wir sind.“ Wilhelm ist der gradlinig und nüchtern Denkende; Friedrich Wilhelm IV. ist der Unruhegeist, der hin und her agiert, so daß niemand in seiner Nähe weiß, wie und was er entscheidet und der sich niemals festnageln läßt. Bald nach seiner Thronbesteigung schildert ihn Wilhelm seiner Schwester²: „Wir werden ihn Sprünge machen sehen, vor-, rück- und seitwärts, so daß man irre an ihm werden könnte. Aber er wird sich immer wieder fangen oder einfangen lassen (denn das ist

¹ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 238.

² Ebenda S. 209.

seine größte Eigenschaft, daß er hört und überlegt).“ Noch einmal zwei Jahre später beichtet Wilhelm seiner Schwester³, daß Friedrich Wilhelm beständig darauf sinne, „die Dinge so ungewöhnlich wie nur möglich anzufassen, um zu erstaunen, zu überraschen – und Be- und Verwunderung zu erregen. Man kommt Tag und Nacht nicht aus der Angst.“

Friedrich Wilhelm IV. war eine künstlerisch reich veranlagte und hochbegabte Natur. Man kennt ihn gemeinhin als Kunst-, besonders als Architekturliebhaber. Teilweise kann man sogar von Besessenheit in diesem Bereich sprechen. Was man dagegen bisher kaum beachtet hat, ist, daß er auch ein begabter Sprachkünstler war, nicht in der freien gesprochenen Rede – hier konnte er höchst verworren und nebelhaft klingen⁴ –, sondern in seinen brieflichen Mitteilungen. Gäbe es eine Gesamtausgabe seiner Briefe, würde man es mit einem ungewöhnlichen Sprachschatz zu tun haben. In seinen Briefen steckt der ewige Hang, nach Effekt zu haschen, aber nicht in einer aufdringlichen, großsprecherischen Weise. Es läßt sich sogar sagen, daß er mit seinem sowohl schöpferischen wie verschrobenen Schreibstil seinen Briefpartner intellektuell überrumpeln, überraschen, ablenken, gar blenden oder vernebeln will. Nur keine nüchterne, sachliche Aussage machen, sondern stets den Gaukler spielen – das ist seine Absicht!

Die hier mitgeteilten Briefe geben so manche Kostprobe von Friedrich Wilhelms Sprachkunst und Sprachkünsteleien. Wenn Wilhelm Briefe an seinen Bruder schreibt, benutzt er keine Anrede; in intimen Briefen an Dritte heißt sein Bruder schlicht Fritz. Dagegen leitet Friedrich Wilhelm seine Briefe an Wilhelm üblicherweise mit der Anrede ein: „Theuerster“ oder „Allertheuerster Wilhelm“. Es finden sich aber auch Varianten wie „HerzensHelmeken“ oder „Theuerster Wimpus“. Wenn er dabei einen Tintenklecks unabsichtlich oder absichtlich angebracht hat, heißt es „Theuerster Wimpus Klecks“. Als Grußformel benutzt Wilhelm stereotyp die Formel „Dein treuer Bruder“, die nur selten variiert wird. Friedrich Wilhelm dagegen ist erfinderisch. Bei kurzen Briefen endet er berlinerisch „Ahtieh“ (für „Adieu“). Es kommt auch die englische Formel „God bless thee“ vor.

Überhaupt verwendet der König immer wieder nichtdeutsche Einsprengsel; sind sie englisch oder französisch, dann wird die altenglische bzw. altfranzösische Schreibweise gewählt. Das entspricht seinem Hang, ins Mittelalter zu entfliehen und seinen Briefpartner dabei mitzunehmen. Das Lateinische be-

³ Ebenda S. 236.

⁴ Es seien nur zwei Urteile von Zeitgenossen angeführt. Als am 21. März 1854 der neue französische Gesandte in Berlin, L. marquis de Moustier, vom König in Antrittsaudienz empfangen wurde, berichtet er darüber nach Paris: Die Redeweise des Königs sei chaotisch, die Gedankenführung kraus; man gehe wie ein Betrunkener aus dem Raum. (AGKK IV,1 S. 964.) – Ernst Ludwig von Gerlach, der am 23. März 1855 an einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums teilnahm, war konsterniert von dem negativen Eindruck, den ihm der Führungsstil Friedrich Wilhelms machte: „Dies lange Reden, eine Mischung von Faseln, Arroganz und Schwäche, die starken Akzente, das Bewußtsein, daß ihm niemand glaube. [. . .] Gegen ein solches Conseil ist selbst die zweite Kammer Weisheit.“ (Zitiert in AGKK II,1 S. 45 Anm. 68.)

nutzt er bedenkenlos und in verballhornter Form innerhalb von deutschen Wendungen. Als in London 1848 die Chartisten eine Großdemonstration planten, warnte er seinen dorthin entflohenen Bruder vor dem „Confluxus Canalliorum und Gräuel Menschorum“⁵. Fürsten in Deutschland und in Europa nennt er nie bei ihrem normalen Namen, auch nicht mit dem im Adel damals üblichen Rufnamen (wie Wiwi oder Ady), sondern mit selbsterfundenen Umschreibungen. Nix für Zar Nikolaus I. gehört zwar noch in die erste Kategorie; Old Hannover für König Ernst August von Hannover oder Louis le Grand für den hessischen Großherzog Ludwig III. gehören schon zu den Eigenbaumarken⁶. Als er in einem Brief an Wilhelm die Entlassung des Generals Niesewand ankündigt, schreibt er von „Niese-an-die Wand’s Abtaklung“⁷. Sein Intimus Carl Wilhelm Saegert, Generalinspekteur des preußischen Taubstummenwesens, wird mit „Taubstummen- u Imbezillen-Entdämlichungs-Direktor“ tituliert⁸. Die schleswig-holsteinische Armee heißt nicht einfach so, sondern „Schleswig-Holstein-meerumflossnes-stammverwandtes Heer“⁹. Eine Initiative seines Generaladjutanten Leopold von Gerlach beschreibt er als ein „Gerlachianum“¹⁰.

Im folgenden seien die wichtigsten politischen Etappen und Wendepunkte der Zeit, wie sie sich in dem 18 Jahre währenden Briefwechsel zwischen den beiden Hohenzollernbrüdern widerspiegeln, kurz zusammengefaßt. Wie schon vermerkt, übertreffen die Briefe Wilhelms diejenigen seines Bruders an Zahl deutlich, und Wilhelm ist in der Regel der Agierende, Friedrich Wilhelm der Reagierende; daher soll die Perspektive Wilhelms entsprechend im Vordergrund stehen.

Die Verfassungsfrage 1840–1847

König Friedrich Wilhelm IV. ging bei seiner Thronbesteigung der Ruf voraus, daß er die versteinerte landständische Verfassung Preußens weiterentwickeln und die mehrfachen, jedoch unerfüllt gebliebenen Verfassungsversprechen seines Vaters (von 1815, 1820 und 1823) einlösen wolle. Er machte verschiedene Anstalten, die Zensur bei gedruckten Werken und in der Tagespresse aufzuweichen. Auch die Petitionen, die von den Landständen an sein

⁵ Nr. 157.

⁶ Ebenda und Nr. 110.

⁷ Nr. 157.

⁸ Nr. 219.

⁹ Nr. 138.

¹⁰ Nr. 157.

Ohr drangen und eine größere Publizität bei den landständischen Beratungen sowie eine Verkürzung der dreijährigen Militärdienstzeit erwirken wollten, machten es seinem Bruder überdeutlich, daß Friedrich Wilhelm sich auf die nach seiner Meinung schiefe konstitutionelle Bahn begeben wolle¹¹. Einen Stoßseufzer darüber stieß er in einem Brief an Schwester Charlotte im März 1841 aus¹²: Die Aufregung im Lande sei groß „durch die ständischen Sachen. Vielen ist es zu viel, und die verstehen den König nicht; ich auch nicht immer. Aber da muß man kalmieren. Andere wollen mehr, da muß man opponieren! Also immer Kampf!“

Immer wieder taucht in den Briefen Wilhelms die Warnung auf: „Ich beschwöre Dich“, das und das nicht zu tun. Er solle sich nicht hinreißen lassen, auf Petitionen unsicher und schwankend zu antworten und die Zügel der Pressezensur zu lockern. Er habe doch selbst die Erfahrung gemacht, daß bei Gewährung von mehr Pressefreiheit „die Haupt Tendenz [der Presse], nur Lüge u Anfeindung Alles Bestehenden sein würde“; man brauche in dieser Hinsicht auch nur auf so manche deutschen und europäischen Länder zu schauen¹³. Seine Warnungen unterfütterte Wilhelm nicht nur mit Hinweisen auf die Aufregung innerhalb Preußens, sondern auch auf das Ansehen und den Status des Landes als europäische Großmacht. So wollte er den Bruder damit schrecken, daß Metternich in Österreich die konstitutionellen Anwandlungen des preußischen Königs scharf verurteile und der russische Zar in Petersburg sie mit völligem Unverständnis und höchstem Unwillen quittiere. Auf seinen Reisen nach Österreich (Wien und Teplitz) sowie nach Rußland (Petersburg und Warschau) konnte Wilhelm viel Munition für seine Gegenvorstellungen sammeln und die Warnungen an seinen Bruder vervielfachen¹⁴. Das Verhältnis zwischen dem Berliner und Petersburger Hof wurde schließlich derart vergiftet, daß Zar Nikolaus sich 1846 weigerte, bei einem seiner Manöver in Polen den üblichen Höflichkeitsbesuch des preußischen Königs überhaupt zu empfangen¹⁵.

Anfang April 1843 kam es zwischen den Brüdern zu dem ersten in einer Reihe von Zusammenstößen, von denen der hier vorgelegte Briefwechsel nun ein zusammenhängendes Zeugnis gibt. Anlaß war, daß die „Preußische Staatszeitung“ am 5. April den Antrag der ostpreußischen Stände auf Verkürzung der Dienstzeit der Infanterie abdruckte. Sofort kam es zu einem Austausch grober Briefe zwischen den beiden Brüdern und zu einer Unterredung, in der die Fetzen nur so flogen¹⁶. Wilhelm machte sich von dieser Unterredung eine Aufzeichnung, die etliche Briefbogen füllt. Er begann das Gespräch mit der Behauptung, daß der ostpreußische Landtag mit seinen Anträgen seine Befugnisse überschreite und „ganz den Weg der constitutionellen Kammern“ gehe.

¹¹ Nr. 8 und 9.

¹² [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 216.

¹³ Nr. 14.

¹⁴ Z.B. Nr. 51.

¹⁵ Nr. 47.

¹⁶ Nr. 18–20. Die folgenden Zitate aus Nr. 20.

Er bemängelte, daß der anwesende Landtagsmarschall (der Vorsitzende) und auch der Oberpräsident der Provinz den Landtag nicht in seine Schranken gewiesen habe. Ein Wort kam zum anderen; weitere Vorfälle und Personalien wurden angesprochen. Der König stellte sich vor seine Ratgeber: „Diese Verdächtigungen meiner treusten Rätthe ist etwas Erschreckliches bei Dir u gehört zu Deinem ganzen Benehmen, wodurch Du mir das Regieren so entsetzlich schwer machst. Du sprichst über eine Menge Dinge die Du garnicht verstehst.“ Dieses Wort brachte das Faß zum Überlaufen. Wilhelm hielt weiteren Widerspruch für zwecklos, denn der Vorwurf, er spreche von Dingen, von denen er nichts verstehe, „ist das [. . .] wohl Härteste was Du mir sagen kannst“. Zweimal in der restlichen Unterredung stellte Wilhelm sein militärisches Kommando und seine sonstigen Stellungen (darunter die Statthaltertschaft in Pommern und die Mitgliedschaft im Staatsministerium) zur Verfügung. Der König nahm den Rücktritt nicht an, und so wurde der Bruderzwist zunächst verkleistert.

Friedrich Wilhelm ließ sich in seinen Absichten nicht beirren und arbeitete, ohne den Bruder zu informieren, weiter an seinem Projekt, eine Gesamtrepräsentation für Preußen („Reichsstände“ wird sie meist in den Quellen genannt) einzusetzen. Ende 1844 erfuhr Wilhelm, daß der Plan kurz vor seiner Verwirklichung stand. Wieder bäumte sich in ihm alles gegen das Vorhaben auf. Sein Protest gegen eine solche Nationalrepräsentation legte er im Januar 1845 in einer langen Denkschrift nieder, die unten im Quellenteil über zehn Druckseiten füllt und an der Wilhelm tagelang arbeitete¹⁷. Nach der Skizzierung des königlichen Planes und dessen umstürzenden Folgen entwickelte er sein eigenes Gegenprojekt, das immerhin einige Fäden der damaligen Verfassungsdiskussion aufnahm und sehr wohl zeigt, daß auch Wilhelm wandlungs- und entwicklungsfähig war. Das Projekt des Königs sah vor, aus den Landtagen der acht preußischen Provinzen eine Gesamtkörperschaft zu bilden, wie sie 1820 schon versprochen worden war. Sie würde 700 Personen umfassen und das Recht haben, neue Anleihen und Steuern zu bewilligen. Ihr Zusammentritt sollte nach Bedarf erfolgen. Parallel dazu sollten Ausschußtage (also Ausschüsse) periodisch – alle vier Jahre – tagen (die Periodizität war damals eine der wichtigsten Forderungen der Landtage) und dieselben Rechte wie die „Reichsstände“ besitzen. Neben diesen zwei neuen Körperschaften sollten die alten Provinziallandtage weiterhin bestehen, aber nicht alle zwei Jahre wie bisher zusammentreten, sondern nur alle vier Jahre. Somit sollten also drei ständische Versammlungen bestehen.

Sein Gegenprojekt entwickelte Wilhelm folgendermaßen: Es sah ebenfalls wie dasjenige des Königs die Schaffung der 1820 verheißenen Reichsstände vor, die aber nur 150 statt 700 Personen umfassen und „nur im äußersten Fall“ zusammentreten sollten, um Geld und Steuern zu bewilligen. Dabei würde ihnen nur ein konsultatives Recht zukommen. Die Ausschußtage, die bereits

¹⁷ Nr. 36.

1842 eingesetzt worden waren, sollten erhalten bleiben und unregelmäßig bei Bedarf zusammenkommen. Allgemeine Gesetzgebungsbefugnisse sollten diese beiden Körperschaften nicht besitzen, die vielmehr den einzelnen Provinziallandtagen in ihrem kleineren lokalen Tätigkeitsbereich obliegen sollten.

Wilhelm prophezeite in seiner Denkschrift, daß die Reichsstände, wie sie der König konstituieren wollte, ihr Entscheidungsrecht bei neuen Steuern und Anleihen auf alle weiteren Materien – also allgemeine Gesetze – ausdehnen würden und Preußen damit auf die schiefe konstitutionelle Bahn gerate. Er formulierte am Schluß zwei weiterreichende Konsequenzen, die sich aus Friedrich Wilhelms Plan, wenn er denn umgesetzt würde, ergäben: 1) Angesichts „einer so totalen Umgestaltung der jetzigen Preußischen Stände-Verfassung“ müßten alle volljährigen Agnaten des Hauses gehört werden; das stehe so im Testament des Vaters; 2) wenn er – Wilhelm – einmal die Nachfolge des Bruders übernehmen müsse, befinde er sich in der „schmerzlichen Nothwendigkeit“, daß die von Friedrich Wilhelm geschaffenen Institutionen ihn nicht binden würden. Schließlich wiederholte Wilhelm sein *Ceterum censeo*, daß Österreichs Stellung in Deutschland angesichts der ständischen Kämpfe in Preußen gestärkt und Zar Nikolaus ohnehin mit Unverständnis und offener Feindschaft reagieren würde.

Seiner Schwester Charlotte schrieb Wilhelm Ende Januar 1845¹⁸: „Meine Lage ist verzweifelnd! [. . .] und ein Bruch mit Fritz also unausbleiblich.“ Besonders schmerzlich war für ihn, daß sein Bruder (wohl Anfang des Jahres 1845) erklärt hatte, er werde sich an ihn „nicht kehren“, also seinen Widerstand einfach ignorieren. Auf die Denkschrift reagierte er aber doch, denn sie enthielt die Drohung, daß Wilhelm die männlichen Verwandten zusammenrufen würde, um über des Königs Verfassungspläne zu beratschlagen. Unter den Papieren Friedrich Wilhelms finden sich zwei Fassungen seiner Antwort an den Bruder. Die erste Fassung, die der König einigen seiner Minister zur Begutachtung vorgelegt hatte, wurde nicht abgesandt, die zweite, die in Wilhelms Hände geriet, war in den Formulierungen entschärft¹⁹. Die erste Fassung ist natürlich für den Historiker aussagekräftiger. Zunächst einmal verwahrte Friedrich Wilhelm sich gegen die Drohung mit der Agnatenzusammenkunft. Er bezeichnete sie als „unseelige u strafbare FamilienOpposition“, die er nicht hinnehmen werde. Noch wichtiger ist, daß der König sich durch den Generalangriff auf sein Regiment ins Mark getroffen fühlte. Er faßte den Tenor des Bruderbriefes mit eigenen Worten zusammen: Der Brief laufe darauf hinaus, „daß ich seit 5 te halb Jahren wie ein Pinsel regiere u nach Deiner Ueberzeugung also fort regieren würde, deßhalb aber zu solchen Unternehmungen untauglich sey“. Bezeichnend ist, daß er auf die Sache – seine Verfassungspläne – nicht einging, sondern in seiner entwaffnenden Art endete: „Willst Du mich einen Schwärmer heißen so kann ich nichts dawider. Nach dem Zeit-Geist bin ich wirklich ein

¹⁸ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 252–253.

¹⁹ Nr. 37 und 38.

Schwärmer, denn ich baue auf Gott den Herrn.“ Die Beantwortung in der Sache – Agnatenkonsens oder nicht – überließ er seinem Justizminister Savigny, der in einer Denkschrift nachzuweisen versuchte, daß der König für sein Vorhaben des Konsenses der Agnaten nicht bedürfe²⁰.

Wilhelm ließ sich von seiner Auffassung, daß bei grundlegenden Verfassungsänderungen das Einverständnis der Agnaten eingeholt werden müsse, nicht abbringen, und konterte mit dem Verweis auf entsprechende Verfügungen im Testament des Vaters und auf Aussprüche Friedrich Wilhelms, die dieser in den voraufgegangenen Jahren darüber gemacht hatte²¹. Ende des Jahres 1845 bombardierte Wilhelm seinen Bruder noch einmal mit einer Denkschrift²², in der er die in der Januardenkschrift formulierten Auffassungen im wesentlichen wiederholte. Die Schaffung einer reichsständischen Versammlung gab er hier nun zu, die bei Bedarf über neue Anleihen und Steuern zu beraten (nicht zu entscheiden!) habe. Die bestehenden Ausschüsse hätten, wenn nötig, größere, den ganzen Staat betreffende allgemeine Gesetze zu beraten, nicht aber Finanzgesetze. Die Provinzialstände hätten über die in ihren Kompetenzbereich fallenden Gesetze zu debattieren. Das Fazit dieser neuen Denkschrift war: „Er [der Plan] giebt kein Recht der Krone aus den Händen; er bezeichnet jeder Corporation ihre Rechte u vermeidet die Finanz Frage, die gefährlichste von allen, in regelmäßiger Wiederkehr zu agitiren. [. . .] Brüderlichst lege ich Dir diese große Angelegenheit ans Herz, wehrend das meinige tief ergriffen davon ist, daß es sich Deinen Plänen nicht anschließen kann.“

Für das Jahr 1846 fehlen im Hausarchiv irgendwelche inhaltvollen Briefe des Königs an seinen Bruder. Man muß davon ausgehen, daß der König seine Pläne (die er natürlich von seinen Mitarbeitern entwerfen und bearbeiten ließ) weiter verfolgte. Wilhelm behandelt in einigen Gegenbriefen, die erhalten sind, die Materie seinerseits²³. Daraus ist zu entnehmen, daß die beiderseitigen Standpunkte nicht mehr unüberbrückbar waren, sondern sich behutsam annäherten. Als Wilhelm im Sommer des Jahres sich wieder einmal zu Truppenrevuen in Petersburg aufhielt, warnte er den Bruder, daß bei Verwirklichung der Verfassungspläne in Preußen die „nordische Allianz“ zu existieren aufhören werde²⁴. Der Zar habe ihm angesichts der Truppenschau unvertraut: „Si certaines institutions se font chez Vous, je mets mon Armée sur le pied de guerre, pas c o n t r e , mais p o u r Vous, car Vous aurez la révolution dans un an!“

Anfang Januar 1847 war der tiefgreifende Dissens der beiden Brüder in der Verfassungsfrage im wesentlichen beseitigt. Beide hatten sich gegenseitig Konzessionen gemacht. Aufs ganze gesehen, hat aber der König seinen Willen durchgesetzt. Sein Zugeständnis an den Bruder bestand in der Hauptsache darin, daß der künftige „Vereinigte Landtag“ (so hieß die Gesamtkörperschaft

²⁰ Nr. 37, S. 130 Anm. 1.

²¹ Nr. 39; in Nr. 3 die Anmerkungen * und **.

²² Nr. 45.

²³ Z.B. Nr. 48.

²⁴ Nr. 51.

jetzt) aus zwei Kammern statt nur einer bestehen würde. In Wilhelms Augen war mit der Errichtung der Ersten Kammer ein Gegengewicht geschaffen, „was der überhandnehmenden Démocratie, entgegentreten kann“²⁵. Aus diesem Grund werde er imstande sein, „die neue Gesetzgebung zu vertheidigen, was mir früher unmöglich war“. Die dem König gemachten Konzessionen bestanden darin, daß Wilhelm das Petitionsrecht der Stände und die Steuerbewilligung einräumte. Beim letzten Punkt hatte er eingestehen müssen, daß dieses Recht den alten preußischen Ständen ohnehin zustand und derzeit nur ruhte. Entscheidend für Wilhelms Nachgeben dürfte aber ein psychologisches Motiv gewesen sein: Er wollte die jahrelangen Auseinandersetzungen, „das Schisma zwischen Fritz und mir“, endlich „zum Wohl des Vaterlandes“ beenden. Seiner Schwester Charlotte teilte er seinen Seelenzustand mit: „Mit einer unbeschreiblichen Wehmut sehe ich dem Moment entgegen, wo diese Gesetze publiziert werden! Sie kommen mir wie das Grab des alten Preußen vor, das mit Ehre, Ruhm und Glanz dastand!“

Am 3. Februar 1847 wurden das Patent über die ständischen Einrichtungen sowie die Verordnung über die Bildung des Vereinigten Landtags veröffentlicht. Dieser Landtag, bestehend aus sämtlichen Mitgliedern der acht preußischen Provinziallandtage und in eine Herrenkurie sowie eine Dreiständekurie (Ritter, Bürger, Bauern) gegliedert, tagte vom 11. April bis 26. Juni 1847. Das wichtigste Vorhaben, die Bewilligung einer Staatsanleihe zum Bau der Ostbahn von Berlin nach Königsberg, fiel ins Wasser, weil die liberale Mehrheit nicht die geforderte Periodizität vom König bekam.

Es ist festzuhalten, daß durch den 3. Februar 1847 Wilhelm vom Saulus zum Paulus geworden ist. Das geht aus einer Vielzahl von Briefen hervor. Ja, nach Überwindung der Revolution kehrt sich das Verhältnis der beiden Brüder zur Verfassungssituation in Preußen völlig um, und Wilhelm pflanzt in den 1850er Jahren geradezu die Fahne des (gemäßigten) Liberalismus (oder des liberalen Konservatismus) auf. Er gilt nun – auch in den Augen seines Bruders – als das eigentliche Haupt der sogenannten Wochenblattpartei, die sich 1851 unter Führung von Moritz von Bethmann Hollweg konstituierte, sich aus einer Gruppe von hohen Staatsbeamten und Diplomaten (u.a. General Bonin, den Diplomaten Pourtalès, Usedom, v.d. Goltz) zusammensetzte, an der neuen preußischen Verfassung von 1850 festhielt und in Frontstellung gegen die Ultrakonservativen stand, welche die Verfassung wieder zurückdrehen wollten. Friedrich Wilhelm dagegen, der politisch eigentlich nie richtig einzuordnen ist, läßt sich von dieser ultrakonservativen Kamarilla beeinflussen und protegiert die mit dieser sympathisierenden Minister Westphalen und Raumer, die Wilhelm vergeblich zu beseitigen trachtete.

Nur wenige Belege aus den Briefen Wilhelms mögen diesen grundlegenden Wandel verdeutlichen. Schon Ende 1847 bekennt sich der Prinz in einem Brief

²⁵ Nr. 53; [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 263–265.

an Charlotte zur neuen Verfassungsentwicklung²⁶. Vor dem 3. Februar habe er seine Meinung gegen die Pläne des Bruders aussprechen müssen. „Nach dem 3. Februar ist die Sache ganz anders.“ Da die neuen Institutionen nach einem Kompromiß zustande gekommen seien, habe er sich seine Rolle vorgezeichnet. „J’ai franchement abordé la question, j’ai épousé la cause du Roi.“ Fortleugnen könne kein Mensch auf Erden die Zeitbedürfnisse. Sie zu ignorieren hieße blind sein wollen. Wenn man sie erkannt habe, sei es vernünftiger, „das Präveniere zu spielen und ihnen einen Abfluß in einem gesicherten Bette zu geben“.

Die Stürme der Revolution von 1848 überrollten das Präveniere-Spiel. Doch Wilhelm blieb seiner neu gefaßten Meinung treu. Aus dem Londoner Exil formulierte er im Mai 1848 gegenüber seiner Frau Augusta einen neuen Gedanken, den er aus der jüngsten Verfassungsentwicklung entlehnte²⁷: Preußen müsse nun unbedingt eine Konstitution besitzen, „um sich die Sympathien Deutschlands zu erwerben“ und mit einem neuen Deutschland wieder eine selbständige Großmacht im europäischen Staatensystem darzustellen. Immer wieder kommt in seinen Briefen jener Zeit das Wort „Wahrheit“, „das Wahre“, das in großen Zeitbegebenheiten liege, vor. Dem Bruder schrieb er ins Stammbuch²⁸: „Das große Wort – den Bedürfnissen der Zeit mit den Mitteln der Zeit Rechnung tragen – muß sich in Preußens Handeln u Thun stets bethätigen.“ Des Königs Bestreben nach dem Sieg über die Revolution war umgekehrt, in alte ständische Bahnen zurückzulenken, die Verfassung umzumodeln, die beiden Kammern in ständische Institutionen zurückzuverwandeln. So schrieb er seinem Bruder im Februar 1853²⁹, er wolle „die Reform beyder Kammern aus dem französ. Revoluzions Unflath heraus in teutesches Wesen hinein“ zurückversetzen. Wilhelm versagte sich seinem Ansinnen, ihm auf diesem Weg zu folgen. Zwar sollten beide Kammern einen konservativen Charakter annehmen, aber ihnen eine rein ständische Form wieder aufzudrücken, obendrein noch mit nur konsultativen Eigenschaften, hieße die Zeichen der Zeit verkennen. „Nun ist aber die Catastrophe von 1848 über uns gekommen, mit ihr sind beschließende Kammern seit 4 Jahren in Kraft, – da erscheint es doch nicht gerathen, diese Gerechtsame wieder ihnen zu entziehen.“ Er hielt auch eine parlamentarische Gesetzgebung „für wenig beengend für die Krone“, wenn nur keine parlamentarische Regierung damit verbunden sei. Er drang in den König, sich aus der Umarmung der ultrakonservativen Partei zu befreien. Sie habe „rien appris et rien oublié“. Eine Parallele zog er auf internationaler Ebene³⁰, indem er dem König das Schreckbild, gewissermaßen das negative Vorbild des österreichischen Polizeistaates und des lernunfähigen russischen Reiches vor Augen hielt. „Die politische Entwicklung Russlands u Preußens ist eine so verschiedene, daß man wohl ein allgemeines politisches Ziel, die Unterwerfung

²⁶ Ebenda S. 280.

²⁷ Wilhelm I., Briefe S. 51–52.

²⁸ Nr. 151.

²⁹ Nr. 193. Zum folgenden Nr. 194.

³⁰ Nr. 202.

der Révolution, vor Augen haben muß, daß man aber nie vergessen muß, wie man in einem civilisirten u cultivirten Staat, ganz andere Mittel hat, die Révolution zu l i n d e r n , durch fortschreitende Institutionen, als blos sie durch die Bajonette zu verhindern.“

Wilhelms Flucht nach England

Als in Berlin am 18. März die Revolution ausbrach und durch Schüsse der Truppen Tote zu beklagen waren – die „Märzgefallenen“ –, reagierte Friedrich Wilhelm IV. in seltener Entschlossenheit und forderte seinen Bruder, den die Gerüchte auf der Straße für den Einsatz der Armee verantwortlich machten, auf, sofort Berlin zu verlassen und nach England zu fliehen.

Aus den folgenden zweieinhalb Monaten liegen im Hausarchiv der Hohenzollern alle Briefe Wilhelms an seinen Bruder vor, so daß zum erstenmal seine abenteuerliche Flucht aus Berlin nach London, sein Aufenthalt dort und seine Rückkehr in authentischer Form nachgezeichnet werden können. Wohl hatte schon ein Begleiter des Prinzen, Major Oelrichs, frühzeitig das Itinerar der Flucht beschrieben und veröffentlicht³¹; aber es ist doch ein Zeugnis aus zweiter Hand. Nun kann man die Zeugnisse erster Hand auf sich wirken lassen.

Am 19. März wurde Wilhelm von Regierungsrat von Schleinitz inkognito von Berlin in die Festung Spandau gebracht. Frappierend ist, wie schnell die Kunde von der Flucht des Prinzen in der damaligen Öffentlichkeit – auch ohne die in späterer Zeit zur Verfügung stehenden medialen Mittel – sich verbreitete. In Spandau fahndete der dortige Bürgermeister pflichtgemäß nach ihm. Auf dem Weg nach Hamburg wurde Wilhelm gleich mehrmals erkannt, so daß er sich von vornherein vornahm, sich nur nachts fortzubewegen. Nur auf dem Schiff von Hamburg nach England blieb er – bei abrasiertem Bart – unerkant und unbehelligt.

Die einzelnen Etappen seiner Flucht lassen sich aus der eigenen Beschreibung recht genau nachvollziehen³². Des Nachts verließ er Spandau im Boot und wurde von getreuen Offizieren zur Pfaueninsel gerudert. Hier beging Wilhelm am 22. März – in entsprechender seelischer Verfassung – seinen 51. Geburtstag. Am Abend des Tages ging es von der Insel ab nach Perleberg; dort war die Gefahr der Entdeckung so groß, daß er überhastet den Kutschwagen verließ und querfeldein zu einem Kirchturm in Quitzow stolperte, wo er sich dem dortigen Pfarrer offenbarte, der ihn auf Feldwegen weiter nach Stavenow brachte. In Ludwigslust wagte er bei Dunkelheit die Eisenbahn nach Hagenow zu neh-

³¹ Oelrichs, Die Flucht des Prinzen von Preußen.

³² Nr. 63.

men, wurde aber von einem Eisenbahner gewarnt, daß er sich in Hamburg auf einen unsanften Empfang einzustellen habe. Ein anderer Helfer in Gestalt des preußischen Konsuls in Hamburg, O'swald, holte ihn in Bergedorf aus dem Zug und ließ ihn die Stunden bis zum Nachteinbruch in seiner Villa bei Blankenese zubringen. Am 24. März nahm Wilhelm das Nachtschiff nach England. Fast drei Jahre später hat er sich bei seinen diversen Fluchthelfern – zumeist Offizieren – mit der Verleihung militärischer Auszeichnungen bedankt³³.

In London verbrachte Wilhelm die folgenden zehn Wochen, betreut vom preußischen Gesandten, Bunsen, und mehrfach vom englischen Königspaar empfangen, wobei ihm Prinzgemahl Albert Ratschläge für die Zukunft gab; womöglich haben diese Wilhelms Sicht auf die Vorteile des konstitutionellen Systems günstig beeinflusst. In London traf er natürlich auch andere prominente Flüchtlinge aus Europa an, u.a. den französischen König Louis Philippe und den österreichischen Staatskanzler Metternich. Mit diesem hatte er auch ein Rendezvous.

In London sann Wilhelm Tag und Nacht auf Mittel und Wege, wie er nach Preußen zurückkehren könne. Er verfiel auf eine Reihe abenteuerlicher Gedanken.

Anfang April 1848 war die revolutionäre Situation in der preußischen Provinz Posen derart aufgeheizt, daß sich Friedrich Wilhelm IV. für eine Rekonstituierung Polens erwärmte, zumal er von Hause aus polonophil eingestellt war. Sein Bruder in London ließ sich von dem Gedanken sofort anstecken, nicht aus polenfreundlichen Gefühlen, sondern aus purem Eigeninteresse. Er rechnete damit – das war aber auch allgemeines Gespräch in Europa –, daß die Revolution in Posen auf das (russische) Königreich Polen und auf das österreichische Galizien übergreifen würde und dadurch ein Krieg Preußens mit Rußland, das seinen Anteil an Polen nicht kampfflos hergeben würde, in Aussicht stand. Am 4. April bat Wilhelm allen Ernstes seinen Bruder, ihm im Falle eines Krieges Preußen/Deutschlands mit Rußland wegen Polens ihm ein Kommando an der Front zu Rußland anzuvertrauen – um über diese Brücke wieder nach Preußen zurückkehren zu können³⁴.

Wilhelm war bei diesen Gedankenspielen mit Sicherheit durch entsprechende, aber noch viel weitergehende Phantasiegebilde des Prinzen Albert angesteckt, die sich auch der preußische Gesandte Bunsen mit glühendem Eifer zu eigen machte. In dem genannten Brief vom 4. April faßt Wilhelm Alberts grandiosen Länderverteilungsplan so zusammen: Nach einem Krieg Preußen/Deutschlands gegen Rußland werde Rußlands Grenze bis Smolensk zurückverlegt. „Östreich nimmt die [Donau-]Fürstenthümer u die Donau Mündungen für Gallizien; Pohlen wird als in seinen weitesten Grenzen hergestellt; Schweden nimmt Finnland u giebt dafür Norwegen an Dänemark um dies für die Herzogthümer [Schleswig und Holstein] zu endschädigen. Sardinien

³³ Nr. 172 und 176.

³⁴ Nr. 65 und 66; [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 289–291.

nimmt die Lombardei u Frankreich dagegen Savoyen, um sich für den Verlust von Elsass u Lothringen zu entschädigen, welche ein Königreich für sich sind, aber zu Deutschland gehörig bilden. Griechenland nimmt die Türkei, u der Halbmond verschwindet aus Europa.“

Wilhelm hielt die Hirngespinnste Alberts für gar nicht so abwegig, wenn er nämlich dazu meint, daß manches davon wahr werden könne. Sie tauchen bezeichnenderweise im Krimkrieg wieder auf, diesmal auch vom englischen Minister Palmerston vertreten und von Napoleon III. aufgegriffen. Da sich in der Provinz Posen in der zweiten Aprilhälfte die revolutionäre Situation beruhigte, verschwand die polnische Fata Morgana von der Tagesordnung. Wilhelm suchte nun nach anderen Kommandobetätigungen. Wenige Tage, nachdem er sich für die Front gegen Rußland interessiert hatte, klopfte er bei seinem Bruder wegen eines Kommandos in Holstein an, und er wiederholte die Klopfzeichen mehrfach³⁵. Da in Holstein und Schleswig die Kriegsoperationen gegen Dänemark seitens des Deutschen Bundes schon im Gange waren, hätte ein Kommando des Prinzen durchaus realistischere Chancen gehabt. Es ging ihm dabei in erster Linie um die politische Ausbeutung einer solchen Stellung. Er hielt die Übernahme eines militärischen Führungspostens nur unter der Bedingung für möglich, daß er nach Beendigung der Kampfhandlungen „unangefochten“ nach Preußen zurückkehren könne und nicht wieder ins Exil gehen müßte. Da aber die Operationen in Schleswig im April 1848 schnell vorankamen und General Wrangel zum Oberbefehlshaber über die dort operierenden Bundestruppen ernannt wurde, fiel diese Möglichkeit zur Rückkehr des Prinzen schnell weg.

In den ersten Maitagen gab es noch zwei allerdings sehr flüchtige Gedankenspiele in dieser Hinsicht. Über seine Frau Augusta erfuhr Wilhelm³⁶, daß der Bundestag in Frankfurt beschlossen habe, den Fünfzigerausschuß, der sich dort Anfang April als Übergangsorgan gebildet hatte, aufzulösen und dessen Arbeit einem Triumvirat zu übergeben. Eines der Mitglieder sollte angeblich Erzherzog Johann von Österreich werden. Wilhelm hielt das für eine „sehr glückliche Idée“ und eine „grandiose Art“, ihn in Deutschland – wenn auch zunächst nur in Frankfurt a.M. – wieder „möglich“ zu machen. Er bat seinen Bruder, ihn aus London zurückzurufen und ihm die Mission in Frankfurt anzuvertrauen. Die Idee fiel genau so schnell ins Wasser wie die nächste, die gleichzeitig auftauchte. In Deutschland liefen Gerüchte um – die Wilhelm in London zu Ohren kamen –, daß die provisorische französische Regierung einen Krieg gegen Deutschland zur Unterstützung der deutschen Republikaner plante. Zur Abwehr sollte in Bamberg eine Armee des Deutschen Bundes aufgestellt werden. Wilhelm frohlockte³⁷: „Da könnte sich dann vielleicht eine Stellung für mich finden.“

³⁵ Nr.67, 68 und 70.

³⁶ Nr. 73.

³⁷ Nr. 74.

Aus allen diesen militärischen Kommandoüberlegungen wurde nichts. Statt dessen hatte es die preußische Regierung unter Camphausen fertiggebracht, den Prinzen – der pro forma bei seiner Flucht vom König eine „offizielle“ Mission zur Erkundung der englischen Marineverhältnisse bekommen hatte – nach „Beendigung“ dieser Mission nach Berlin zurückzurufen. Zuvor sollte Wilhelm eine Erklärung abgeben, daß er sich rückhaltlos auf den Boden der neuen Verfassungsverhältnisse in Preußen – die ja noch voll im Fluß waren – stelle. Wilhelm gab diese Erklärung, die ihn keine innere Überwindung kostete, ab, so daß er sich am 28. Mai von London zur Rückkehr aufmachte³⁸. Die Rückfahrt zog er absichtlich in die Länge, da er die Reaktionen auf sein angekündigtes Kommen im revolutionären Berlin abtasten wollte. Er legte Aufenthalte in Brüssel und Den Haag ein, überquerte am 3. Juni die deutsche Grenze bei Duisburg, legte einen weiteren Zwischenhalt in Hannover zum Besuch des dortigen Königs ein und kam am 6. Juni in Magdeburg an, „vom Volke mit Jubel empfangen“, wie er seinem Bruder schrieb³⁹. Am folgenden Tag traf er in Charlottenburg ein.

Die Briefe Wilhelms aus den Monaten Juni bis November 1848 sind nicht besonders inhaltsschwer. Der Prinz beobachtete die Verhältnisse in Frankfurt a.M., ärgerte sich über manche Gesetzesvorhaben der Berliner Nationalversammlung, machte dem Bruder Anfang September Vorschläge zur Bildung eines neuen Ministeriums, begrüßte die von General Wrangel „Unter den Linden“ am 20. September abgehaltene Truppenparade und beglückwünschte am 10. November den König für seinen Entwurf zu einer Ansprache an das Volk. In diesem dramatischen Moment, als die neue Regierung unter Graf Brandenburg die Berliner Nationalversammlung aufforderte, in die Stadt Brandenburg umzuziehen, als Truppen Berlin besetzten und ihr Oberbefehlshaber Wrangel über die Hauptstadt den Belagerungszustand verhängte, bricht der Briefwechsel zwischen beiden Brüdern für vier Monate ab. Überhaupt sind die Briefe des Königs an Wilhelm für das Jahr 1848 spärlich vertreten, was sich mit der revolutionären Situation in Berlin und mit dem Erregungs- und Überlastungszustand Friedrich Wilhelms leicht erklären läßt. Warum dann aber vom November 1848 bis Mitte März 1849 die Lücke im Briefwechsel klafft, läßt sich nicht feststellen. Die räumliche Nähe zwischen beiden ist nicht der Grund, denn in anderen Zeitabschnitten wurden zwischen Berlin, Charlottenburg und Potsdam immer Briefe gewechselt. Ein kleiner Ersatz für die nicht vorhandenen Briefe Wilhelms an den Bruder sind seine Briefe an die Schwester Charlotte⁴⁰; aber die sind immer ad usum Caesari geschrieben und können daher den Gedankenaustausch zwischen den Brüdern nicht voll kompensieren. In der zweiten Hälfte des Jahres 1849 fließt der Briefstrom wieder normal. Das Hauptthema ist der badische Feldzug.

³⁸ Nr. 79.

³⁹ Nr. 82.

⁴⁰ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 317–319.

Der badische Feldzug

In Südwestdeutschland – in der bayerischen Pfalz und in Baden – hatte die deutsche Revolution 1849 ihre radikalste Ausprägung erreicht. Preußens Position im Rheinland war besonders durch die Zustände in der benachbarten Pfalz gefährdet, zumal dort die Revolutionäre aller Länder zusammenströmten und die Möglichkeit einer Verbindung zu Frankreich besonders akut erscheinen konnte. Friedrich Wilhelm IV., der inzwischen auf dem Pfad der Reaktion erfolgreich wandelte, und seine Regierung entschlossen sich, ohne ein Ersuchen seitens der bayerischen Zentrale in München einzuholen, zur militärischen Intervention. Im Großherzogtum Baden war die revolutionäre Entwicklung in preußischen Augen noch weit gefährlicher vorangeschritten. Hier hatten die Linientruppen gemeutert, zusammen mit den Revolutionären den Großherzog und die Regierung des Landes vertrieben und sich mit der Volkswehr verschmolzen. Die Intervention in Baden erfolgte auf Ersuchen des nach Mainz geflohenen Großherzogs sowohl an die schwache Zentralgewalt in Frankfurt als auch an die Berliner Regierung. Es kam also in Baden, rein rechtlich gesehen, zu einer Doppelintervention seitens der Zentralgewalt und Preußens. Die Interventionstruppen bestanden daher auch zu einem Drittel aus Bundestruppen (hessischen, nassauischen, mecklenburgischen und württembergischen), zu zwei Dritteln aus preußischen Einheiten.

Bereits am 10. Mai hatte Friedrich Wilhelm IV. eigenhändig einen Operationsplan sowohl für die Pfalz als auch für Baden entworfen⁴¹. Der von Hause aus ganz und gar unmilitärische König hatte den strategisch durchaus richtigen Gedanken, zunächst die Pfalz von Westen, von Saarbrücken her, militärisch zu säubern, dann bei Ludwigshafen über den Rhein zu gehen und von Norden her Baden nach Süden hin aufzurollen. Er faßte den Plan in seiner typischen Diktion so zusammen: „Den Rebellen muß die Flucht 1) nach Lothringen, 2) nach dem Elsaß, 3) nach der Schweiz unmöglich gemacht werden, dieselben müssen im Gegentheil in u um Rastatt [der Hauptfestung des Gegners] zusammen gekeilt u ihre Häupter u ihre Führer gefällt werden.“

Gerade die letzte Formulierung klingt so, als ob nicht Prinz Wilhelm, sondern der König der vielzitierte „Kartätschenprinz“ wäre. Aber Friedrich Wilhelm IV. kann man nie beim Wort nehmen. Wie er die prominenten gefangenen Revolutionsführer (Gottfried Kinkel, Johann Dortu u.a.) behandelt wissen wollte, soll noch erläutert werden. Aus den Briefen Wilhelms soll aber zunächst das Wichtigste zum Feldzug selbst hervorgehoben werden. Über die Operationsgeschichte hat im übrigen Wilhelm von Voß 1903 die notwendigen Einzelheiten veröffentlicht⁴².

⁴¹ Nr. 105.

⁴² Vgl. das Quellen- und Literaturverzeichnis.

In der Pfalz gab es keine nennenswerten militärischen Zusammenstöße. Am 12. Juni hatten die preußischen Truppen den Rhein überschritten und operierten nun im Badischen gemeinsam mit den Bundestruppen gegen die Revolutions-truppen. Nach einem Monat war der Feldzug im wesentlichen beendet. Der Gegner war nach leichten Gefechten stets nach Süden ausgewichen, so daß es nie zu einem Hauptschlag kommen konnte. Die wichtige Festung Rastatt, in der sich ein Teil der Revolutionstruppen zurückgezogen hatte, wurde eingeschlossen. Am 18. Juli wurden Parlamentäre der Gegenseite in die Festung gelassen, um sich vom Zustand der Verteidigung zu überzeugen. Wilhelm ließ ihnen bedeuten⁴³, „daß eine längere Vertheidigung, ein nicht zu rechtfertigender Ehrgeiz sein würde u gewissenlose Menschenopferung“. Ein von den Revolutionären erbetener Waffenstillstand bis zum 22. Juli wurde nicht genehmigt, statt dessen die Übergabe auf Gnade und Ungnade verlangt. Tags darauf erfolgte die bedingungslose Übergabe. Wilhelm beschreibt, daß er aus dem Festungsrayon herausritt, da er „nicht officiell Zeuge der Schmach dieser Schufte sein wollte“, als der Übergabeakt stattfand. Er ließ sich die Zeremonie aber beschreiben, die, wenn man sie mit der Kriegführung der folgenden hundert Jahre vergleicht, geradezu ritterlich anmutet. Die Revolutionstruppen (darunter ehemalige badische und bayerische Linientruppen) marschierten „längs der Front unserer Truppen, machten Front u legten Gewehr u Armatur nieder!“ Der Prinz gesteht, daß ihm dies alles, „namentlich als die 3 Fahnen h i n t e r unsere Front geschickt wurden“ einen „unaussprechlich tiefen Eindruck“ machte.

Wilhelm meldete seinem Bruder, daß mit der Einnahme von Rastatt die ihm gestellte Aufgabe gelöst sei. Das südliche Baden mußte aber noch gesäubert werden. Am 6. August ergab sich die Stadt Freiburg kampflös⁴⁴. Zum Leidwesen Wilhelms waren die aufständischen Führer wieder einmal entwichen und hatten sich über die Schweizer Grenze davongemacht. Am 18. August beschrieb der Prinz den feierlichen Wiedereinzug des Großherzogs und seiner Regierung in Karlsruhe⁴⁵. Die Verluste der Interventionsarmee bezifferte er in einem Brief an seine Schwester auf 1000 Mann Tote und Verwundete; auf den preußischen Truppenanteil entfielen zwei Drittel, auf die übrigen deutschen Truppen das restliche Drittel⁴⁶.

Was bei Wilhelm besonders großen Ärger hervorrief, war die gerichtliche Behandlung der gefangengenommenen Rädelsführer. Die meisten – wie der polnische General Mierosławski – waren ohnehin in die Schweiz entwichen. Von Willkürmaßnahmen gegen die von preußischer Seite gefangengenommenen Führer erster und zweiter Sorte ist nirgends die Rede. Es ging geradezu preußisch-pingelig nach (Kriegs-)Recht und Gesetz zu, soweit es der Prinz und der König in ihren Briefen beschreiben. Beide schütten sich gegenseitig

⁴³ Nr. 116 (auch zum folgenden).

⁴⁴ Nr. 120.

⁴⁵ Nr. 122.

⁴⁶ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 336.

ihren Ärger über den schleppenden Gang der Militärjustiz aus. Am 13. Juli jammert Wilhelm, daß die Justizkräfte ihn im Stich ließen⁴⁷. Er habe den Kriegsminister vergeblich um die Entsendung von Militärrichtern aus Berlin telegraphisch gebeten. Das am 12. Juli gegen Gottfried Kinkel gesprochene Todesurteil wurde vom „begutachtenden Auditeur“ wegen Formfehler umgeworfen. Das revidierte Urteil lautete, nach Wilhelm „unbegreiflicher Weise“, auf lebenslängliche Festungshaft. Der von Wilhelm namentlich genannte Auditeur (Militärrichter) hatte festgestellt, daß ein „e r h e b l i c h e r Nachtheil“ für den preußischen Staat – der die Todesstrafe ermöglicht hätte – nicht nachgewiesen sei, „obgleich K. [. . .] fechtend ergriffen ward. Da aber im Gefecht keine protocollarische Aufnahme möglich ist, wer einen Feind tödtet oder blessiert, so wurde, wie geschehen, erkannt! Es ist zum verzweifeln, was unsere Juristen machen!“ Obwohl das Generalauditoriat Kinkel in der Revision doch zum Tode verurteilte, wurde dieses Urteil wiederum vom König, aufgrund der Intervention „der unglücklichen Frau Kinkel“⁴⁸, in lebenslängliche Haft umgewandelt. Auf weitere Klagen Wilhelms wegen anderer zu milder Urteile antwortete ihm der König⁴⁹, daß er die Militärjustiz in die Hände der kommandierenden Generäle der beiden preußischen Armeekorps in Baden gelegt habe, und diese Regelung „verbiethet mir jede Einmischung in diese milit. Justiz, es sey denn G n a d e , w o U r s a c h d a z u i s t“.

Als Verdienst für den siegreichen Feldzug in Baden wurde Wilhelm vom König am 15. September 1849 zum „Militärgouverneur der Rheinprovinz und Westfalens“ ernannt. Von da ab wurde Koblenz seine Hauptresidenz. Mit demselben Datum erhielt Wilhelm auch den Titel „Oberbefehlshaber der Truppen in Baden und Frankfurt a.M.“

Dieser Titel zeigt an, daß Baden nach der Niederschlagung der Revolution unter preußischer Besetzung blieb und Wilhelm dafür verantwortlich war. Er sah das preußische Festsetzen im südwestdeutschen Raum unter drei Aspekten an. Zum einen wollte er Versuchen Bayerns und Österreichs, ihrerseits Einfluß auf dieses Gebiet zu nehmen, entgegenwirken. Er glaubte sogar Anhaltspunkte zu haben, daß Baden ohne preußische Besetzung auf die Nachbarländer aufgeteilt würde. Dazu kamen ihm mehrere Varianten zu Ohren. So sollte etwa⁵⁰ der Breisgau, in dem angeblich viele Sympathien für Österreich vorhanden waren, an Österreich fallen; die rechtsrheinische Pfalz sollte zwischen Bayern und Darmstadt aufgeteilt werden. Der Großherzog wäre in Franken zu entschädigen. Die preußische Zustimmung würde man durch den Erwerb Anhalts und Mecklenburgs erhalten. Diese Machenschaften sollten, so Wilhelm, durch fortgesetzte militärische Präsenz Preußens in Baden durchkreuzt werden. Einen zweiten Trumpf glaubte Wilhelm in der Gestalt Badens gegen die Schweiz ins Feld führen zu können. Die Rückeroberung des preußischen Für-

⁴⁷ Nr. 114; zum folgenden Nr. 121.

⁴⁸ Nr. 119.

⁴⁹ Nr. 126.

⁵⁰ Nr. 128 (auch zum folgenden).

stentums Neuenburg sollte der Helvetischen Republik als Drohgespenst immer vor Augen gehalten werden. Darüber hinaus war die Besetzung Badens auch bei der künftigen Regelung der deutschen Verhältnisse von Bedeutung. „So lange wir Süd-Deutschland durch unsere a l l e i n -Besetzung g a n z Badens, politisch u strategisch flankieren, so lange sind wir Herren Süd-Deutschlands, so lange kommt kein Süd-Deutscher Sonder-Bund zusammen.“

Die militärische Karte Preußens in Baden sollte folgendermaßen ausgestaltet werden⁵¹: Preußen erhielt für die Eroberung des Landes 2 Mio. Taler Kriegskosten erstattet. Darüber hinaus blieben 10.000 preußische Soldaten als Besetzung im Land; die Kosten dafür wurden durch Rückbehalt der badischen Zolleinnahmen aufgebracht. Schließlich sollten eigene badische Truppen, die ja durch die Revolution völlig desorganisiert waren, in einem Umfang von 10.000 Mann wieder neugebildet, nach Wilhelms Worten „zu einer brauchbaren, disciplinirten u gut gesinnten [Truppe]“ erzogen werden. Zu diesem Zweck wurde 1850 zwischen beiden Ländern eine Militärkonvention geschlossen. Sie sah die sukzessive Verlegung badischer Truppen in preußische Garnisonen vor, um ihnen dort den gehörigen preußischen Schliff zu vermitteln. Verlegungen kamen tatsächlich zustande, in erster Linie wurden die Badener in Garnisonen in Westfalen untergebracht. Über die Kosten entbrannte zwischen Wilhelm und dem preußischen Staatsministerium, dort besonders dem Finanzminister, ein länger wählender Streit. Der Minister wollte für alle diese Unternehmungen den badischen Fiskus belasten und arbeitete dafür penible Gutachten aus. Wilhelm wollte die Belastung für Baden erträglicher machen, da er aus eigener Anschauung wußte, daß die Sympathien in Baden nicht zu sehr strapaziert werden durften. In der zweiten Jahreshälfte geriet der Streit in den Sog der österreichisch-preußischen Auseinandersetzung um die deutsche Frage und die preußische Unionspolitik. Als mit Olmütz im November 1850 Preußen seine Unionspolitik aufgeben mußte, war auch die ganze Angelegenheit der badischen Truppen hinfällig. Preußen kündigte von sich aus die Militärkonvention und zog seine Truppen aus Baden und der Bundesfestung Rastatt zurück. Baden schloß sich vorübergehend der österreichischen Politik an, bevor es unter Großherzog Friedrich (seit Beginn der 1860er Jahre) wieder in preußischem Fahrwasser segelte.

Wilhelm und die deutsche Frage

Nach Überwindung der Revolution in Wien, Berlin und Frankfurt stellte sich gebieterisch die Frage nach der Neugestaltung Deutschlands. Wilhelm

⁵¹ Nr. 132, 137 und 145.

war zutiefst davon überzeugt, daß die geographische Konstellation Preußens seit dem Wiener Kongreß, seine Zweiteilung in einen östlichen und einen westlichen Teil, die deutsche wie die europäische Position Preußens schwächte. Den von Preußen dominierten Zollverein von 1834 begrüßte er als eine erste Etappe zu einer politischen Einigung Deutschlands⁵². Deswegen wies er in Briefen an seinen Bruder jedes Entgegenkommen gegenüber Österreich, das seit 1850 in den Zollverband drängte, vehement zurück. Die von der Paulskirche dem König am 3. April 1849 angebotene Kaiserkrone lehnten beide brüsk ab. Nannte Friedrich Wilhelm sie eine Krone „aus Dreck und Letten gebacken“ (also ihm von unten, von der Demokratie überreicht), so bezeichnete sie Wilhelm als „Goldpapierkrone“⁵³, die dem Kaiser nur eine Scheinmacht verleihe, wohingegen die eigentliche politische Macht beim Frankfurter Parlament, also bei der Republik, verbleibe.

Waren sich die beiden Brüder in dieser Frage einig, so waren ihre Ansichten gegenüber der österreichischen Monarchie grundverschieden. Friedrich Wilhelm hegte gegenüber dem österreichischen Kaiser – sowohl der Person als auch der Institution – eine geradezu mystische Verehrung, die sich aus seiner Mittelalterschwärmerei erklärt. Wilhelm dagegen war gegenüber Österreich zutiefst von Argwohn und Feindseligkeit beseelt.

Der Gestaltung der deutschen Frage im Jahr 1850 stand Wilhelm mit Flexibilität gegenüber. Die preußische Unionspolitik in Norddeutschland hieß er gut, weil sich darin die Führungsrolle Preußens manifestierte und sie das Ansehen gegenüber Österreich stärkte. Österreich mußte nun einen echten Dualismus, eine gleichberechtigte Zweierherrschaft anerkennen. Um beide Großmächte sollten sich, so Wilhelm, die mittleren deutschen Staaten, „die flottierenden Trabanten“ (die vier Königreiche), gruppieren. Diese „3 Massen“ würden die deutsche „Union“ bilden, „welche Oestreich und Preußen leiten“⁵⁴.

Als sich im Herbst 1850 eine militärische Intervention in Kurhessen anbahnte (dort hatte der wiederberufene Minister Hassenpflug ein kraß reaktionäres Regime eingeführt, das zur Steuerverweigerung der Stände, zum Rücktritt des Offizierskorps und schließlich zur Flucht des Kurfürsten nach Hanau führte), stellte sich die Frage, in welcher Form sie nach dem alten deutschen Bundesrecht durchgeführt werden sollte: Bayerische Truppen standen von Hanau aus zum Einmarsch bereit; Österreich zog in Böhmen eine Armee zusammen; das Ministerium in Berlin war in der Frage der Mobilmachung tief gespalten. Wilhelm war klar, daß für Preußen die Etablierung „adversairer Militärkräfte“ in Kurhessen, also in dem Land, das die preußische Monarchie in zwei Hälften teilte, ganz und gar unzulässig sei⁵⁵. Ihm sei, schrieb er am 2. No-

⁵² Vgl. seine Denkschrift über die deutsche Frage vom 19. Mai 1850 in: Wilhelm I., Briefe S. 74–80.

⁵³ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 350; Wilhelm I., Briefe S. 64; Wilhelm I., Weimarer Briefe I S. 199–206.

⁵⁴ Nr. 131.

⁵⁵ [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 353.

vember seiner Frau Augusta⁵⁶, „gerade zu Mute, wie am 19. März [1848]“. Die Schmach sei vollendet, denn Österreich werde, mit russischem Druck im Hintergrund, den Krieg gegen das erst schwach gerüstete Preußen beginnen.

Die Entspannung wurde am 29. November durch die Punktation von Olmütz im Grundsatz erreicht: Die Intervention in Hessen (zusätzlich auch diejenige in Holstein) sollte gemeinschaftlich stattfinden; über die größere deutsche Frage sollte in Ministerialkonferenzen in Dresden verhandelt werden, wobei Preußen von vornherein seine Unionspolitik in Norddeutschland preisgeben mußte. Wilhelm war über die österreichische Konzession (grundsätzliche Neuberatung der deutschen Frage) erleichtert, aber voller Ingrimm über das preußische Zugeständnis, daß gegenüber der gemeinschaftlichen österreichisch-preußischen Besetzung der Stadt Kassel bayerischen Truppen der Durchmarsch durch Hessen zur Besetzung des nördlichen Kurfürstentums erlaubt wurde. Das war für ihn als Soldat „eine moralische Ohrfeige“ und für die preußische Armee „die größte Erduldung [. . .], die sich nur denken läßt“, daß bayerische Truppen auf preußischen Etappenstraßen durch Kurhessen durchgelassen wurden⁵⁷.

Mit der Olmützer Punktation hatte Preußen den Weg aufgegeben, den es schon im Manifest vom 18. März 1848 hatte betreten wollen, nämlich anstelle eines deutschen Staatenbundes einen Bundesstaat zu schaffen. Auf den in Dresden anberaumten Konferenzen verfolgte Preußen das Ziel, eine echte Parität mit Österreich in der Neugestaltung Deutschlands zu erreichen und zu diesem Zweck zu verhindern, daß Österreich mit allen seinen nationalen Bestandteilen in eine große deutsche Staatenunion eintreten würde. Das war auch Wilhelms Hauptziel: Das Donaureich, das 22 Mio. Slawen umfaßte, würde „Preußens Tod“, seine Mediatisierung bedeuten⁵⁸. Österreich wolle mit einem Gesamteintritt seines Reiches, also mit seinen 37 Mio. Einwohnern „an die Spitze Deutschlands treten, den Ehrenvorsitz, d.h. in wenig Jahren den alleinigen effektiven Vorsitz, am Bundestag haben und dann Preußen und alle deutschen Staaten nach seiner Pfeife tanzen lassen“⁵⁹. Wilhelm freute sich schließlich über das Ergebnis von Dresden, nach dem der alte Bundestag unverändert wiedererstehen sollte, „mit dessen Preußen g ü n s t i g e m Stimmen Verhältniß“⁶⁰. Es galt jetzt, wie es damals in Preußen, so auch bei Wilhelm immer wieder hieß, „moralische Eroberungen“ in Deutschland zu machen, Preußens Attraktionskraft zu steigern, „um endlich ein einiges Deutschland zu bilden“.

⁵⁶ [Augusta], Aus dem Literarischen Nachlaß S. 449–451.

⁵⁷ Ebenda S. 468–472.

⁵⁸ Manteuffel, Preußens auswärtige Politik I S. 149.

⁵⁹ Ebenda S. 138.

⁶⁰ Nr. 155; Wilhelm I., Briefe S. 86.

Wilhelm und der Krimkrieg

Am Rande der Dresdener Konferenz wurde ein geheimer preußisch-österreichischer Bündnisvertrag geschlossen, der im sogenannten Aprilvertrag von 1854 indirekt erneuert wurde. Damit ist bereits die Schwelle zum Krimkrieg betreten, der das nächste große Thema im Briefwechsel der beiden Brüder bildet.

Da in der Quellenpublikation „Akten zur Geschichte des Krimkriegs“, Serie II, Band 1–2, bereits Teile des Briefverkehrs zwischen Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm abgedruckt sind, brauchen die politischen Ansichten der beiden Brüder mit Hilfe dieses Aktenwerkes und der zusätzlich hier abgedruckten Briefe nur in ihren Hauptpunkten zusammengefaßt werden.

Wilhelm ging 1853, im ersten Jahr der Orientkrise, und bis Januar 1854 mit seinem Bruder ganz konform, nämlich Preußen während der ausbrechenden heißen Phase in der Exspektative verharren und eine neutrale Haltung bewahren zu lassen. Der König hielt in seiner gefühlsbetonten Art den Krieg für „scheußlich“ und „gotteslästerlich“ und wollte auf keinen Fall „Christenblut“ für die Sache der islamischen Türkei hergeben⁶¹. Wilhelm urteilte kühler und sachlicher. Er ließ den Zaren über seine Schwester wissen⁶², daß der (im Oktober 1853 bereits ausgebrochene) russisch-türkische Krieg die Existenz der Türkei bedrohe, und „mit dieser Existenz ist aber das europäische Gleichgewicht bedroht“. Sein Gewicht dürfe Preußen derzeit nicht in die Waagschale werfen – weder auf Seiten der Westmächte Frankreich und England noch Rußlands, der eigentlichen Kontrahenten, die schon auf einen heißen Krieg hinsteuerten. Er rechnete fest damit, daß, wenn Österreich für Rußland Partei ergriffe, Napoleon III. die Propaganda in Italien loslassen werde⁶³ – „und der europäische Krieg ist da.“ Dasselbe gelte für Deutschland, wenn Preußen seine Neutralität aufgebe: „Es mag sich wenden wohin es will, sein Ostseehandel und seine Häfen sind ruiniert entweder von der russischen oder anglo-französischen Flotte.“

Ein leichter Dissens zwischen den Brüdern zeichnete sich indes 1853 schon am Horizont ab. Wilhelm bezeichnete von vornherein den im Juni 1853 erfolgten russischen Einmarsch in die türkischen Donaufürstentümer Moldau und Walachei als völkerrechtliches Unrecht: Eine Macht dürfe mitten im Frieden nicht das Gebiet eines Nachbarn besetzen, um es als Faustpfand und Druckmittel zu verwenden⁶⁴. Friedrich Wilhelm äußerte sich dazu überhaupt nicht.

Als im Januar 1854 Rußland durch einen Sondergesandten Preußen (und Österreich) in seinen Bannkreis ziehen wollte, lehnte Friedrich Wilhelm dieses

⁶¹ Nr. 238.

⁶² [Wilhelm I.], Briefe an Charlotte S. 380.

⁶³ Wilhelm I., Briefe an Politiker I S. 242.

⁶⁴ Nr. 207.